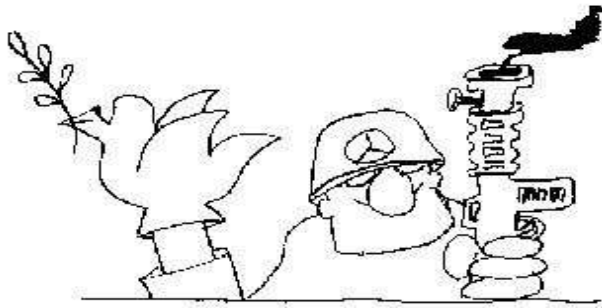


Zivile Alternativen zu Kriegsdienst

...oder was die Bundeswehr verschweigt

Anlässlich von Werbeaktionen der Bundeswehr z.B. an Schulen, um neue SoldatInnen zu rekrutieren, kritisieren wir die Bundeswehr und informieren über Alternativen.



Die Bundeswehr gibt sich zivil und wirbt mit humanitären Einsätzen, doch dafür sind andere wie Feuerwehr und Technisches Hilfswerk wirklich ausgebildet, besser ausgerüstet und arbeiten zweckmäßiger und billiger. Die weltweiten Kriegseinsätze der Bundeswehr sind sie falsche Antwort auf Terrorismus. Militär löst keine Konflikte, sondern ist Teil des Problems. Daher fordern wir Konfliktbearbeitung mit gewaltfreien und zivilen Mitteln und die Beseitigung von Kriegsursachen statt einer hochgerüsteten Einsatztruppe.

Die Bundeswehr ist kein normaler Arbeitgeber.

Der "Job" beinhaltet die Bereitschaft weltweit an multinationalen Einsätzen mitzuwirken und ggf. auf Befehl zu töten und basiert auf den Verteidigungspolitischen Richtlinien: "künftige Einsätze lassen sich weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch eingrenzen. Der politische Zweck bestimmt Ziel, Ort, Dauer und Art des Einsatzes". Im *Weißbuch der Bundeswehr* von 2006 heißt es dazu: „Die Struktur der Bundeswehr wird konsequent auf Einsätze ausgerichtet“ (S.6) welche auch „präventives Handeln“ mit dem „gesamten sicherheitspolitischen Instrumentarium“ (S.20) beinhaltet. Also eine Wandlung von der Verteidigungsarmee hin zur Kriegstruppe die Wirtschaftsinteressen vertritt: „Deutschland dessen wirtschaftlicher Wohlstand vom Zugang zu Rohstoffen, Waren und Ideen abhängt, hat ein elementares Interesse an einem offenen Welthandelssystem und freien Transportwegen“ (S.14) von „strategischer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands und Europas ist eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung“ (S. 17)

Menschen sollen aufgrund drohender Arbeitslosigkeit und Sozialabbau zum Eintritt in die Bundeswehr bewegt werden, d. h. für den Erhalt von Macht und Ausbeutungsstrukturen sollen potentielle Arbeitslose als SoldatInnen ihr Leben riskieren.

Wir kritisieren, dass die Bundeswehr Schulabgänger und junge Arbeitssuchende an Schulen und in Arbeitsämtern für ihr Kriegshandwerk rekrutieren darf, während kritische Informationen unerwünscht sind. Obwohl 70% der Bevölkerung bei Umfragen gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr sind, zu denen auch Freiwillige zunehmend verpflichtet werden. (Quelle: Allensbacher www.dhm.de)



Bundeswehr verstößt gegen Grundgesetz und Völkerrecht

Das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung (Grundgesetz Art. 4/3) ist älter als die Bundeswehr. Die Lehren aus der Nazidiktatur sind „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ Aktuelle Bundeswehreinmärsche widersprechen immer offener dem Konsens nach 1945: „Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen!“. Die Praxis der Bundeswehr verstößt damit gegen die Verfassungsnorm mit dem Verbot von Angriffskriegen, so heißt es im Grundgesetz Art. 87a: „Der Bund stellt Streikräfte zur Verteidigung auf“- nicht zu weltweiten Interventionen!

2004 wurden von Friedensbewegten Flugblätter vorm Fliegerhorst Büchel verteilt und die SoldatInnen aufgefordert ihre Mitwirkung an der Bereithaltung von US-Atomwaffen zu verweigern, diese nukleare Teilhabe sei grundgesetz- und völkerrechtswidrig. 2004 verurteilt, wurden die AktivistInnen in den 2 höheren Instanzen freigesprochen. D.h. die ganze Bundeswehrpraxis steht wegen Völkerrechtswidrigkeit in der Kritik.

Major Pfaff war wegen Befehlsverweigerung von der Bundeswehrführung wegen Gehorsamsverweigerung angeklagt. Er verweigerte den Befehl, weil er es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren konnte völkerrechtswidrige Kriegshandlungen im Irak zu unterstützen. 2005 sprach das Bundesverwaltungsgericht Pfaff frei.

Bundeswehr: undemokratisch und nicht zu empfehlen!

Ausbilder und Soldaten zeigen mit Skandalen regelmäßig auf, welch inhumaner und undemokratischer Geist in der Bundeswehr herrscht. Neben dem Befehl- und Gehorsamprinzip, Schikanen bei der Ausbildung und Chauvinismus, zeigt sich dies auch durch aktuelle Vorfälle. Beispielsweise der entführte und gefolterte Deutschtürke „Kurnaz“, der auch von deutschen Soldaten des Kommando Spezialkräfte nicht aus dem illegalen US-Gefangenlager befreit, sondern dort geschlagen wurde oder die von deutschen Soldaten in Afghanistan stolz präsentierten „Totenschädel“. Auch rechtsradikale Umtriebe und die Nazitraditionspflege bei der Bundeswehr werden weiter toleriert. SoldatInnen selbst stinkt ihr Kriegshandwerk zunehmend: eine Mitgliederbefragung des Bundeswehrverbandes ergab: 73,6% der Berufssoldaten können den Dienst bei der Bundeswehr nicht empfehlen! (Quelle: www.spiegel.de 26.4.07)

Soldaten kehren verstärkt traumatisiert zurück - oder tot!

Immer mehr Soldaten kehren mit posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) von den Einsätzen zurück, kritisiert der Wehrbeauftragte. „Die Erscheinungsbilder reichen von einfachen Stressreaktionen wie etwa Schreckmomenten und Verunsicherung bis hin zu massiven Belastungsreaktionen wie Panik und völliger Hilflosigkeit.“ (Quelle www.focus.de 7.07.06)
"64 deutsche Soldaten starben bisher bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr, bei Unfällen, Minenexplosionen oder Sprengstoffattentaten. Über 9000 wurden verletzt, manche sehr schwer.“ (Quelle: www.welt.de 17.12.06)



Zivile Alternativen aufbauen

– Prävention statt Militarisierung !

Seit Jahren gibt es Konzepte zur zivilen Konfliktbearbeitung und Erfolge in Konfliktgebieten, über die aber kaum berichtet wird. Zahlreiche zivile Instrumentarien verhindern Konflikte oder legen sie friedlich bei: das wichtigste ist die Krisenprävention, wobei rechtzeitig und vorsorglich Konfliktursachen angegangen und eine friedliche

Konfliktaustragung entwickelt wird. Embargo- und Boykottmaßnahmen können ebenso wie Kriegsdienstverweigerung und Demonstrationen als Teil eines gewaltfreien Widerstandes gegen Gewalttätigkeiten wirken. Eine Kultur des Friedens wird durch entsprechende Informations-, Medien- und Lobbyarbeit sowie Friedensfachkräfte unterstützt. Die Stärkung demokratischer Kräfte und der Aufbau der Zivilgesellschaft, Verhandlungen wie die OSZE, Konversion, Menschenrechts- und Wahlbeobachtungen zur Verhinderung von Übergriffen, Aussöhnungsprozesse, Hilfe zur Selbsthilfe, Fairer Handel usw. Bisher fehlt der politische Willen dazu, die Mittel fließen ins Militär. Im Vergleich zum deutschen Rüstungshaushalt, erhält die zivile gewaltfreie Konfliktbearbeitung nur 1 Promille des Geldes. Alternativen bestehen und werden von zahlreiche Organisationen trotzdem im Kleinen durchgeführt. (s.u.).

Politischer Druck gegen Militärlobby und Kriegsprofiteure in der gesamten Gesellschaft sowie der Aufbau ziviler und gewaltfreier Alternativen von unten sind notwendig !



Wir fordern: Kriegsdienste verweigern, zivile Alternativen ausbauen, Abrüstung statt Sozialabbau! Ohne teure Kriegsmaschinerie könnten mehr und nachhaltige Arbeitsplätze, die dem Frieden und den Menschen dienen geschaffen werden!

- > Bundeswehr ? Nein Danke !



Weitere Informationen:

- bei ihrer örtlichen Friedensinitiative oder DFG-VK-Gruppe: www.lokale-friedensarbeit.de
- Kriegsdienstverweigerung – vorher, als Soldat + Reservist jederzeit möglich: www.dfg-vk.de
- Bundeswehr abschaffen – gegen Wehrpflicht: www.wehrpflicht-nein-danke.de
- Internationalen Friedensdienste: www.friedensdienst.de www.pbi-deutschland.de www.sofia-trier.de
- Engagement für Abrüstung und Frieden: www.friedenskooperative.de
- Kampagne gegen Auslandseinsätze + Analysen gegen (EU-) Militarisierung: www.imi-online.de



**Stoppt die Auslandseinsätze der Bundeswehr!
Keine deutsche Kriegsunterstützung!**